

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 28. Januar 2015

Vorlagen-Nr. 15-F-03-0005

**Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen und Humanitäre Sprechstunde
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.1.2015 -**

Aus der Tagespresse vom 7.1. 2015 war zu entnehmen, dass die Stadtstaaten Bremen und Hamburg ein unbürokratisches Model zu Gesundheitsversorgung der AsylbewerberInnen betreiben. Danach erhalten alle AsylbewerberInnen eine Gesundheitskarte der AOK und können ohne Prüfung durch das zuständige Amt Gesundheitsbehandlungen im Krankheitsfalle in Anspruch nehmen. Nach dem Zeitungsbericht werden dadurch sowohl die AsylbewerberInnen in ihrer Freiheit bestärkt als auch die Verwaltung entlastet.

In Wiesbaden besteht für Menschen ohne klaren Aufenthaltsstatus und Krankenversicherung die Möglichkeit die „Humanitäre Sprechstunde“ aufzusuchen. Letztmalig wurde sich im Ausschuss auf Initiative Fraktion B90/Die Grünen (12-F-03-0032) mit der Situation in der Humanitären Sprechstunde befasst. Damals wurde berichtet, dass ein Großteil der Personen, welche die Sprechstunde in Anspruch nahmen, aus Osteuropa kamen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- I. Wie wurde das Angebot der Humanitären Sprechstunde seit Sommer 2012 in Anspruch genommen? Wieviele Personen aus welchen Ländern wurden versorgt?
- II.
 1. Sind dem Magistrat Bestrebungen auf Landesebene bekannt, eine Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen analog dem Bremer Model einzuführen?
 2. Sieht der Magistrat eine Einführung dieser Form der Gesundheitskarte als sinnvoll an? Sind Auswirkungen auf das Angebot der „Humanitären Sprechstunde“ zu erwarten?
 3. Wenn ja, wird der Magistrat gebeten, sich bei der Landesregierung für eine Einführung einzusetzen.

Beschluss Nr. 0005

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- I. Wie wurde das Angebot der Humanitären Sprechstunde seit Sommer 2012 in Anspruch genommen? Wieviele Personen aus welchen Ländern wurden versorgt?

- II.
1. Sind dem Magistrat Bestrebungen auf Landesebene bekannt, eine Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen analog dem Bremer Model einzuführen?
 2. Sieht der Magistrat eine Einführung dieser Form der Gesundheitskarte als sinnvoll an? Sind Auswirkungen auf das Angebot der „Humanitären Sprechstunde“ zu erwarten?

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2015

Weinerth
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2015

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2015

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung
zu Ziffer I
Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung
zu Ziffer II

Gerich
Oberbürgermeister